

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Jugendhilfeausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 07.10.2008
Sitzung Nummer:	25 (JHA/25)
Sitzungsdauer:	18:33 - 20:01 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Petra Hoffmann
Vorsitzende/r

Martina Friedrichs
Protokollführer/in

Anwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dorena Berlin
Herr Ewald Kittner
Herr Klaus-Dieter Pieper
Frau Gabriele Schädler
Frau Violetta Schmundt
Frau Bärbel Voigt
Herr Peter Zimmermann

beratende Mitglieder

Frau Astrid Bleißner
Frau Kathrin Müller
Frau Anneliese Raup
Herr Carsten Wulfänger

Protokollführer

Frau Martina Friedrichs

Gäste

Herr Günter Bartels
Herr Marco Hertzfeld
Herr Holger Thiel

Altmarkzeitung
Volksstimme

-
Frau Petra Panse

Abwesend:

Vorsitz

Frau Petra Hoffmann

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Ullrich Börnge
Herr Marcus Graubner
Herr Horst Janas
Frau Brigitte Klemm
Frau Birgit Schleinig

beratende Mitglieder

Herr Manfred Hauschulz
Herr Bernd Jonschkowski
Herr Rainer Mählenhoff

Frau Rabea Reinhold
Frau Carola Schulz

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
- 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 24. Sitzung vom 09.07.2008
- 4 ESF-Programm "Projekte zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs" - Stand der Kooperation zwischen Trägern der Jugendhilfe und Schulen des Landkreises Stendal
Vorlage: 436
- 5 Ausbildung und Beschäftigungsmaßnahmen gemäß § 13 SGB VIII, hier: Kooperationsmaßnahme ARGE Landkreis Stendal/Jugendamt/Diakoniewerk Osterburg e. V.
Vorlage: 435
- 6 Informationen zum Stand der Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut - eingegangene Zuarbeiten anderer Ausschüsse

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Voigt eröffnet um 18.33 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Frau Voigt stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 24. Sitzung vom 09.07.2008

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 09.07.2008 wird durch Frau Voigt festgestellt. Es gibt keine Einwendungen.

zu TOP 4 ESF-Programm "Projekte zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzei-

tigen Schulabbruchs" - Stand der Kooperation zwischen Trägern der Jugendhilfe und Schulen des Landkreises Stendal
Vorlage: 436

Frau Müller erläutert die Mitteilungsvorlage. Der gegenwärtige Sachstand ist, dass nach Veröffentlichung der Förderrichtlinie die Anträge für die Netzwerkstelle und die Schulsozialarbeiter-Stellen in den Schulen gestellt wurden. Für den Landkreis Stendal wäre es aufgrund der Haushaltslage sehr problematisch gewesen, die Netzwerkstelle wie vorgesehen selbst zu betreiben. Insofern wurde kurzfristig doch auf die Antragstellung verzichtet. Dafür sprangen zwei Träger ein. Wer den Zuschlag bekommt, bleibt abzuwarten.

Von den FreienTrägern sind die Anträge für die Schulsozialarbeit in den Schulen gestellt.

Zielstellung des Landes war, bis 10.10.2008 über die zentrale Koordinierungsstelle zu entscheiden. Erst danach sollen dann die Entscheidungen über die Netzwerkstellen in den Landkreisen und kreisfreien Städten und dann über die Stellen der Schulsozialarbeiter getroffen werden.

Die Träger sind schon auf Personalaquise gegangen und haben alle Vorbereitungen getroffen.

Der Beginn des Programmes steht also noch nicht fest, aber was wir machen konnten und sollten, ist erledigt.

Frau Voigt fragt, wie es mit dem Bewilligungszeitraum bei einem verspäteten Beginn ist.

Darauf antwortet Frau Müller, dass das Förderprogramm bis 2013 läuft und dass nach unserem Kenntnisstand keine Bewilligungen für den gesamten Zeitraum erfolgen, sondern zunächst wohl erst mal für 1 1/2 Jahre. Genau werden wir es aber erst wissen, wenn die Bewilligungen durch das Landesjugendamt tatsächlich erfolgt sind.

Der Ausschuss wird über den weiteren Fortgang informiert.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 5 Ausbildung und Beschäftigungsmaßnahmen gemäß § 13 SGB VIII, hier: Kooperationsmaßnahme ARGE Landkreis Stendal/Jugendamt/Diakoniewerk Osterburg e. V.
Vorlage: 435

Frau Voigt teilt mit, dass das Projekt den Jugendhilfeausschussmitgliedern bekannt ist. Es läuft sehr gut und ist ein sehr gutes Projekt; es sollte für das kommende Jahr verlängert werden.

Herr Kittner stellt fest, dass die hohen Krankentage auffallend sind.

Darauf antwortet Frau Panse: Hier lassen sich einige oft krankschreiben, um nicht unentschuldigt zu fehlen. Wir machen daraufhin viele Kranken- und Hausbesuche und versuchen das dadurch in den Griff zu bekommen. Es sind viele Jugendliche, die wissen, wie ein Sozialarbeiter „tickt“ und da müssen wir eben immer drei Schritte voraus sein. Wir haben viele Jugendliche mit Suchthintergrund, mit Psychiatrieerfahrung usw.

Frau Voigt erklärt, dass das Klientel hauptsächlich aus Jugendlichen mit multiplen Vermittlungshemmnissen besteht.

Herr Bartels fragt nach der Führerscheinausbildung für die Jugendlichen.

Frau Panse antwortet, dass das eine Kostenfrage ist. Wir versuchen, die Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit zu bekommen. Oft war hier der Weg der Reha das Richtige.

Frau Voigt lässt über die BSV 435 abstimmen. Der Beschlussvorlage wird einstimmig zugestimmt.

einstimmig beschlossen

Ja 7

zu TOP 6 Informationen zum Stand der Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut - eingegangene Zuarbeiten anderer Ausschüsse

Frau Voigt ist optimistisch, dass zur nächsten Ausschusssitzung von den anderen Ausschüssen auch noch Protokollauszüge dazu eingereicht werden.

Die Problematik ist brisant. Finanzielle Mittel sind sehr begrenzt. Ohne die Eltern mit einzubeziehen kann man nichts bewegen. Wir brauchen die Eltern, um nachhaltige Arbeit zu leisten. Aber die Eltern scheuen sich, Familienhilfe zu beantragen. Sie sollten ein anderes Verständnis bekommen, sollen lernen, auf die Hilfen zuzugehen.

Herr Zimmermann stellt fest, dass es eine längerfristige Aufgabe ist, dieses Problem zu lösen. Für die Ganztagschule z. B. wäre es wichtig, ein Mittagessen anzubieten.

Darauf stimmt Frau Bleißner ihm zu und teilt mit, dass mehr als die Hälfte der Schüler keine Frühstück und kein Mittagessen haben. Wir bieten z. B. Tee an und ab und zu auch ein Frühstücksangebot an. Statt Kindergelderhöhung soll es doch eher einen Zuschuss für die Versorgung der Kinder an Schulen geben. Die Elternarbeit muss mehr in den Vordergrund gerückt werden -> Eltern- und Lehrerfortbildung. Es müssten auch wieder Elternbesuche/Hausbesuche durchgeführt werden.

Herr Bartels erklärt, früher war es Pflicht, Elternbesuche durchzuführen. Die Gesellschaft und die Politik muss sich viel mehr einbringen.

Herr Kittner sieht es nicht grundsätzlich als Problem, dass Kinder von Arbeitslosen nur halbtags die Kita besuchen. Den anderen halben Tag sollten die Eltern für die Kinder da sein und Verantwortung übernehmen. Wir verlieren erziehungsfähige Eltern – das ist das Problem.

Frau Bleißner stellt fest, dass es schon mal gut ist, dass es ein Fach Hauswirtschaft gibt. Aber das reicht nicht. Weitere Unterrichtsfächer wären gut, z. B. Familiengründung, Organisation eines Haushaltes, Eltern-Kind-Beziehungen usw.

Frau Voigt erklärt, dass hier die Politik gefragt sei.

Für Frau Müller wird deutlich, dass es ein sehr komplexes Thema ist. Viele Institutionen tragen da auch Verantwortung. Man muss auf die Befähigung der Eltern Einfluss nehmen.

Für Frau Berlin steht fest, dass von der Politik immer zu kurzfristig gedacht wird. Niemand traut sich an langfristige Dinge. Das ist das Problem der Politik in Deutschland.

Frau Voigt stimmt dem zu. Es ist wichtig, dass wir uns an die Politik wenden. Wir aus der Praxis wissen doch vieles besser: 10 Euro Kindergeld mehr bringen gar nichts.

Herr Kittner erklärt, dass alle Welt weiß, dass verlässliche Strukturen für unser Klientel wichtig sind. Diese langfristigen Strukturen haben sich doch schon bewährt.

Für Herrn Pieper besteht hier die Gefahr, dass wir uns in den Diskussionen totreden. Es gibt Netzwerke en gros. Er vermisst z. B. im Protokoll des Schul-, Sport- und Kulturausschusses Vorschläge, was genau geändert werden könnte.

Frau Raup meint, hier wären z. B. Aussagen zur Schulmittelfreiheit angebracht. Sie trägt Aussagen von Frau von der Leyen vor, die als vorrangig in der Politik gelten, um Kinderarmut entgegenzuwirken. Aber das gibt es bei uns im Landkreis alles schon, das ist nichts Neues.

Herr Wulfänger findet, dass hier in eine Spaltung in zwei Lager auftritt. Einerseits sollten Forderungen an die Politik aufgemacht werden, wie z. B. Meinungsäußerungen zur Erhöhung des Kindergeldes oder Forderungen nach der besseren Zusammenarbeit der Lehrer/Erzieher mit dem Elternhaus. Andererseits muss im eigenen Wirkungsbereich nach Einflussmöglichkeiten gesucht werden. Hierbei ist natürlich das kostenlose Mittagessen ein

Ansatzpunkt. Es sollte aber auch insbesondere über die Elternbildung nachgedacht werden, da nur über die Eltern das Problem langfristig lösbar ist. Auch er ist der Meinung, dass längere Zeiträume für einzelne Maßnahmen angemessen wären.

Frau Schaedler kennt das Klientel, um das es hier geht. Es wird viel für die Kinder getan, aber wenig für die Eltern. Da kommen Konflikte auf, weil die Kinder den Eltern geistig über den Kopf wachsen.

Frau Raup ist der Meinung, dass hier vielleicht schon eine Präventionskette helfen würde, z. B. Hilfen für werdende Mütter, Hilfen für 0 – 3-Jährige usw.

Frau Bleißner fragt, ob das alles einen Sinn macht, was wir haben und was wir wollen? Es ist alles mit den Menschen verbunden, wir brauchen nicht nur die Theorie.

Frau Voigt beendet die Diskussion Es zeichnet sich schon eine Richtung ab. Die Arbeit mit den Eltern sollte einen großen Anteil einnehmen. Die Politik ist stark gefordert. Wir haben jetzt eine Basis, um einzelne Säulen zu bilden mit spezifischer Zielrichtung auf den Bedarf im Landkreis Stendal zugeschnitten. Wenn Vorschläge der anderen Ausschüsse eingearbeitet sind, dann soll die Politik im Kreistag darüber befinden.

Anfragen und Hinweise gab es im öffentlichen Teil keine.

Frau Voigt beendet den öffentlichen Teil um 19.58 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.